

Karl-Heinz Reuband

Städtische Lebensqualität im Urteil der Bürger. Düsseldorf, Hamburg und Dresden im Vergleich

Die Bedeutung des Lokalen im Zeitalter der Globalisierung

Globalisierungsprozesse gelten als zentrales Merkmal in der Entwicklung moderner Gesellschaften: Nicht nur die ökonomischen und die sozialen Verflechtungen nehmen zu, auch auf der Ebene der über die Medien vermittelten Inhalte werden die Gesellschaften ähnlicher. Doch gleichzeitig gibt es Anzeichen dafür, dass regionale und lokale Bindungen bestehen bleiben, zum Teil sogar an Bedeutung gewinnen: In der eigenen Stadt und im eigenen Wohnviertel verbringt der Einzelne nach wie vor einen großen Teil seiner Zeit. Hier erschließt er sich seine sozialen Kontakte und nutzt die Infrastruktur. Und hier auch findet er eine Vertrautheit, die ihm in einer Welt, die durch starken Wandel gekennzeichnet ist, ein gewisses Maß an Sicherheit verleiht.

Überlokale Einbindung und lokale Integration sind deshalb nicht zwangsläufig als Gegensätze anzusehen; sie ergänzen einander. Wenn es um Fragen der Lebensqualität und ihrer Veränderung geht, besteht deshalb ein Bedarf nicht nur an nationalen, sondern auch an lokalen Studien. Dabei müssen die objektiven wie auch die subjektiven Lebensbedingungen gleichermaßen berücksichtigt werden. Denn anders als oftmals angenommen finden objektive Lebensbedingungen nicht notwendigerweise auf der subjektiven Ebene eine Parallele. Eigene und vermittelte Erfahrungen und Aspirationen – u. a. mitbedingt durch die Medienberichterstattung – wirken intervenierend auf das Erleben ein.

Wie der Bürger seine eigene Umwelt wahrnimmt, hat – unabhängig vom Realitätsbezug – eine eigene Art von Handlungsrelevanz. Denn, wie der Soziologe William I. Thomas einstmal schrieb: „Wenn Menschen etwas als real definieren, ist es real in seinen Konsequenzen“ (Thomas 1965: 114). Diese Definitionen können wie eine *self fulfilling prophecy* wirken und unter Umständen sogar das Gegenteil von dem bewirken, was intendiert war. Wenn z. B. alle Personen aus Angst vor Kriminalität bei Nacht die Straße meiden, wird es niemanden mehr geben, der mögliche Angreifer durch seine Präsenz abschreckt. Die reale Kriminalitätsbedrohung steigt dadurch an (Jacobs 1971). So gesehen hat die subjektive Wahrnehmung nicht nur Konsequenzen für den einzelnen Bürger, der einer Fehlwahrnehmung unterliegt, sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes.

Ein Forschungsprogramm zum lokalen Erleben

Wie die lokalen Lebensbedingungen unter wechselnden Rahmenbedingungen von den Bürgern erlebt werden, ist seit längerem Gegenstand von Forschung am Sozialwissenschaftlichen Institut der Heinrich-Heine-Universität. Repräsentative Bevölkerungsumfra-

gen der deutschen Wohnbevölkerung (18 Jahre und älter)¹ stellen dabei die wichtigste Datenbasis dar. Basis sind Zufallsstichproben aus dem Einwohnermelderegister der jeweiligen Stadt. Als Erhebungsinstrument dienen *face-to-face*, telefonische oder postalische Befragungen oder eine Kombination dieser. Die Zahl der Befragten variiert zwischen 600 und 1200 Personen.

Welche Befragungsart gewählt wird, unterliegt pragmatischen und methodischen Kriterien.² Wir haben in der Mehrzahl der Studien auf postalische Erhebungen zurückgegriffen. Sie sind kostengünstig und erbringen weniger sozial erwünschte, „geschönte“ Antworten als *face-to-face* und telefonische Befragungen (Torangeau *et al.* 2000: 289ff.). Und wenn man gewisse Regeln befolgt (Dillman 2000), kann man mit ihnen ähnlich hohe, wenn nicht gar höhere Teilnahmequoten erreichen als mit *face-to-face* oder telefonischen Befragungen (Reuband 2001b).

Charakteristisch für die von uns durchgeführten Erhebungen ist, dass sie sowohl einen konstanten als auch einen studienspezifischen Fragenkatalog enthalten. Fragen zur lokalen Bindung an die Stadt, zu den wahrgenommenen städtischen Problemen und zur Zufriedenheit mit der Infrastruktur gehören fast immer zum konstanten Teil dazu. Der studienspezifische Fragekatalog variiert je nach Schwerpunktthema bzw. -themen. Ergänzt werden die Befragungsdaten je nach Themenschwerpunkt durch Daten anderer Provenienz – z. B. Daten aus der amtlichen Statistik bzw. der Polizeilichen Kriminalstatistik, Inhaltsanalysen der Medienberichterstattung oder Beobachtungsdaten aus dem Wohnumfeld.

Im Folgenden sollen ausgewählte Ergebnisse zum lokalen Erleben aus unseren Düsseldorfer postalischen Erhebungen dargestellt werden. Dies geschieht zum Teil im Vergleich mit anderen Städten und zum Teil im Vergleich über die Zeit, um mögliche Besonderheiten und Gemeinsamkeiten bestimmen zu können. Die Teilnahmequoten an den Befragungen sind als gut anzusehen. Sie belaufen sich auf Werte von knapp über 50 bis 70 Prozent. Drei Fragen sollen uns im Folgenden interessieren: Wie stark ist die lokale Identifikation der Düsseldorfer mit ihrer Stadt? Welche Probleme sehen sie als dringlich an? Und wie zufrieden sind sie mit der Infrastruktur?

Lokale Bindung der Bürger an Stadt und Viertel

Lokale Bindungen ergeben sich nicht notwendigerweise aus objektiven Bedingungen. Will man sie erfassen, tut man gut daran, sie direkt zu erfragen (z. B. über die Frage, wie gern man in der jeweiligen Stadt lebt), statt sie aus objektiven Umständen oder Zu- bzw. Abwanderungsstatistiken zu erschließen.³ Gefragt, wie gern sie in Düsseldorf leben, bekundet in unserer neusten Erhebung vom Herbst des Jahres 2000 eine Mehrheit der Bürger eine große Verbundenheit: 44 Prozent wählen den Begriff „sehr gern“ und 49 Prozent den Be-

¹ Die Beschränkung auf die deutsche Bevölkerung hat praktische Gründe: Es hätte einen erheblichen Aufwands bedurft, die Fragebögen in die verschiedenen Sprachen der in Düsseldorf lebenden Ausländer zu übersetzen.

² Neben inhaltlichen Fragestellungen (vgl. Reuband 2001a, 2002b) haben wir jeweils auch Methodenfragen im Zusammenhang mit diesen Studien bearbeitet: Studien zu Frageformulierungen gehören ebenso dazu wie Studien zur Teilnahme an Befragungen und Effekte unterschiedlicher Erhebungsverfahren.

³ Objektive Kennziffern sind in neuester Zeit zunehmend beliebter geworden zur Beschreibung der Lebensqualität einer Stadt – mit zum Teil durchaus unterschiedlichen Rangreihen je nach Art der herangezogenen Indikatoren und Gewichtungungsverfahren. Über die Bewertung durch die Bürger sagen sie nichts aus.

griff „gern“. Nicht so gern leben hier lediglich sechs Prozent und „ungern“ ein Prozent (Tabelle 1).

	Düsseldorf	Hamburg	Dresden
<i>Stadt</i>			
Sehr gern	44	64	61
Gern	49	32	36
Nicht so gern	6	4	2
Ungern	1	1	1
<i>Viertel</i>			
Sehr gern	43	44	47
Gern	45	44	44
Nicht so gern	10	9	8
Ungern	2	3	1

Tabelle 1: Lokale Bindung an Stadt und Viertel nach Ort (in Prozent)

Die Zahlen addieren sich jeweils spaltenweise auf 100 Prozent. Abweichungen von diesem Wert sind rundungsbedingt.

Frageformulierungen: „Wie gern leben Sie in ...?“; „Wie gern leben Sie in Ihrer Gegend/Ihrem Viertel?“ Antwortkategorien wie oben aufgeführt.

Erhebung: 2000-2001

Diese Zahlen signalisieren eine hohe Ortsverbundenheit. Im Vergleich zu anderen Städten sind die Werte jedoch bei näherer Betrachtung weniger emphatisch. So bekundeten in einer zeitgleich erhobenen Befragung in Dresden immerhin 61 Prozent, „sehr gern“ in ihrer Stadt zu leben, und in einer Hamburger Erhebung rund ein Jahr später gaben dies annähernd genauso viele wie in Dresden, nämlich 64 Prozent, an. Auch in einer Kölner Erhebung, die wir Anfang der 1990er Jahre durchführten, lagen die entsprechenden Werte höher als in Düsseldorf (Reuband und Blasius 1996).⁴

Dass die Düsseldorfer weniger eng mit ihrer Stadt verbunden sind als die Bürger anderer west- und ostdeutscher Großstädte,⁵ gilt auch dann, wenn die Daten nach dem Alter der Befragten untergliedert werden. So bekunden die Düsseldorfer im Alter von 18 bis 29 Jahren z. B. zu 39 Prozent, „sehr gern“ in ihrer Stadt zu leben. In Dresden sind es 52 Prozent und in Hamburg 64 Prozent. Unter den Ältesten, 60 Jahre und älter, ist das Muster ähnlich – wenn auch je nach Stadt auf weniger unterschiedlichem Ausgangsniveau (Düsseldorf 53 Prozent, Hamburg 66 Prozent, Dresden 68 Prozent).⁶

⁴ Auch wenn eine gewisse Neigung zu bestehen scheint, in Befragungen, die von anderen Orten aus durchgeführt werden, die eigene Lokalverbundenheit besonders zu betonen, gibt es doch keinen Hinweis darauf, dass sich das beschriebene Bild grundsätzlich verändern würde: Auch wenn man die Dresdner von Dresden aus anschiebe und nicht von Düsseldorf, würden sie – wie eigene Studien belegen – immer noch eine größere Identifikation mit ihrer Stadt aufweisen als die Düsseldorfer.

⁵ Nicht nur in Großstädten, sondern auch in mittelgroßen westdeutschen Städten wie in Freiburg findet sich eine höhere Identifikation der Bewohner mit ihrer Stadt als in Düsseldorf (vgl. Oberfell-Fuchs 2001). Demgegenüber fanden wir in Chemnitz und Leipzig Mitte der 1990er Jahre recht eingeschränkte Formen lokaler Bindung (vgl. Reuband 1998).

⁶ Während in Hamburg die Zahl der Befragten mit starker lokaler Bindung nur unwesentlich zwischen den

Betrachtet man die Bindung an das eigene Viertel (Tabelle 1), relativiert sich das Bild bestehender Unterschiede zwischen den Städten. Es finden sich nun überall mehr oder minder gleiche Werte für eine starke lokale Identifikation („sehr gern“ in Düsseldorf 43 Prozent, Hamburg 44 Prozent, Dresden 47 Prozent). Was bedeutet: Mag auch die Bindung an die Stadt als Ganzes in Düsseldorf geringer ausgeprägt sein als in anderen Städten, die Bindung an das Viertel ist dadurch nicht betroffen. Dies gilt trotz einer allgemein bestehenden Tendenz, derzufolge Befragte, die eine starke Identifikation mit ihrer Stadt haben, auch eine starke Identifikation mit ihrem Viertel bekunden.

Setzt man die Befunde zur Identifikation mit der Stadt und mit dem Viertel miteinander in Beziehung, so ergibt sich in Hamburg wie auch in Dresden zwischen der Stadt und der Viertelidentifikation eine deutliche Differenz zugunsten der Stadtbindung: sie ist überall größer als die an das Viertel. Nicht so in Düsseldorf – was überpointiert ausgedrückt heißt: Die Düsseldorfer leben nicht in erster Linie deswegen so gern in ihrer Stadt, weil sie ihre Stadt als solche so sehr schätzen, sondern weil sie ihr Viertel so hoch bewerten. Die Integration der Hamburger und Dresdner verläuft im Vergleich dazu stärker über die Identifikation mit ihrer Stadt als Ganzes. Welche Gründe für die unterschiedlichen lokalen Bindungen verantwortlich sind – konkrete Lebensbedingungen, zu hohe Erwartungen oder historische Prägungen – muss an dieser Stelle offen bleiben.

Wahrnehmung von Problemen

Starke Bindungen an die eigene Stadt schließen die Wahrnehmung von Problemen nicht aus. Im Gegenteil könnte man argumentieren, dass eine hohe Identifikation mit der Stadt den Blick für Probleme geradezu schärft. Wer freilich nur Probleme wahrnimmt, der wird sich kaum wohlfühlen können. Insofern kommt es auf das richtige Mischungsverhältnis und die Art der wahrgenommenen Probleme an. Zwei Indikatoren stehen uns zur Beschreibung der Problemwahrnehmung zur Verfügung: einer, der sich auf eine offene Frage (ohne vorgegebene Antwortkategorien) gründet und die wichtigsten Probleme der Stadt ermittelt, und ein weiterer, der – über mehrere vorgegebene Unterindikatoren – die Zufriedenheit mit der lokalen Infrastruktur und dem städtischen Handeln erfasst.

Gefragt nach den wichtigsten Problemen in ihrer Stadt geben 28 Prozent der Düsseldorfer auf die offene Frage hin keinerlei Nennungen ab. Ob dies bedeutet, dass sie keine nennenswerten Probleme in ihrer Stadt wahrnehmen, oder ob sie es schlichtweg aus Bequemlichkeit vermeiden, sich zu dieser Frage schriftlich zu äußern, muss an dieser Stelle ungeklärt bleiben. Wenn Probleme genannt werden, beziehen sie sich am häufigsten auf das Thema Verkehr: auf eine zu hohe Verkehrsdichte, fehlende Parkplätze etc. (21 Prozent aller Befragten), gefolgt von den Themen Kriminalität (zwölf Prozent aller Befragten) und Arbeitslosigkeit (sechs Prozent aller Befragten). In Dresden verzichteten etwas weniger als in Düsseldorf, nämlich 18 Prozent der Befragten, auf Angaben zu dieser Frage. Womöglich durch die Transformationsprozesse der Nachwendezeit sind sie für Probleme des städtischen Lebens stärker sensibilisiert worden. Wahrscheinlich sind auch objektiv die Probleme größer – die Rekonstruktionsphase städtischen Lebens ist noch nicht abgeschlossen. Wenn Probleme genannt werden, überwiegt in Dresden das Thema Verkehr (46

Altersgruppen variiert, findet sich in Düsseldorf ebenso wie in Dresden eine deutliche Altersbeziehung: mit steigendem Alter nimmt die starke Bindung zu.

Prozent aller Befragten), gefolgt von der Arbeitslosigkeit (16 Prozent aller Nennungen) und – mit großem Abstand – der Kriminalität (drei Prozent aller Befragten).

Grundlegend anders ist die Situation in Hamburg. In der Erhebung, die wir rund ein Jahr später durchführten – und in der ungefähr gleich viele Befragte wie in Düsseldorf keine Angaben zu den wichtigsten städtischen Problemen machten (31 Prozent) –, wurde die Kriminalität an erster Stelle mit einem Anteil von über 50 Prozent genannt. Andere Problembereiche, wie „Verkehr“, wurden seltener erwähnt. Eine derartige Situation, in der die Kriminalität von einem großen Teil der Befragten als dringendes Problem genannt wird, ist für Deutschland ungewöhnlich. Lediglich in Frankfurt, das jahrelang in der Kriminalitätsstatistik den ersten Platz unter den westdeutschen Großstädten einnahm, ähnelten die Verhältnisse eine Zeit lang denen in Hamburg. Mehr als 40 Prozent zählten zeitweise die Kriminalität zu den wichtigsten städtischen Problemen, allerdings verblieb dort das Thema Kriminalität im Gegensatz zu Hamburg stets an zweiter Stelle der Prioritätenliste (vgl. Amt für Statistik und Wahlen 1997).⁷

Anders als oftmals angenommen, kann man den hohen Anteil an Hamburger Befragten, die das Kriminalitätsthema als wichtiges – gar als das wichtigste – Problem einstufen, nicht als direkte Folge der hohen Hamburger Kriminalitätsbelastung ansehen. Denn auch, wenn Hamburg inzwischen in der polizeilich ermittelten Kriminalitätsrate den ersten Platz einnimmt und Frankfurt überholt hat, so ist die Zahl der Delikte pro 100.000 Einwohner doch seit Anfang der 1990er Jahre ziemlich stabil. Dass sich dennoch die Rangfolge der Probleme aus Sicht der Bürger verändert hat, kann paradoxerweise teilweise als Erfolg der regierenden Hamburger SPD/GAL-Regierungskoalition in Wirtschaftsfragen angesehen werden. Aufgrund der erfolgreichen Wirtschaftspolitik ist die Rangfolge der Probleme eine andere geworden, die Arbeitsmarktlage gilt nicht mehr als das wichtigste zu lösende Problem. Die Kriminalitätsthematik, die bislang an zweiter Stelle stand, ist dadurch auf den ersten Platz vorgerückt (vgl. Reuband 2002a).

Dass dies trotz stabiler Kriminalitätsverhältnisse geschehen ist, macht deutlich, wie sehr die Wahrnehmung der Kriminalität als soziales Problem von der realen Entwicklung der Bedrohung unabhängig sein kann. Welche Ursachen in Hamburg für die steigende Diskrepanz zwischen objektiver und subjektiver Bedrohung im Einzelnen verantwortlich sind, soll an dieser Stelle nicht weiterverfolgt werden. Sicher ist: Die öffentliche Politisierung des Problems durch Parteien und Medien bereits im Vorfeld der Wahl hat zweifelsohne einen maßgeblichen Einfluss ausgeübt.

Bewertung lokaler Infrastruktur

Während man mit der offenen Frage nach den wichtigsten Problemen ermittelt, welche Probleme miteinander „konkurrieren“ und welche die Bürger spontan als die wichtigsten nennen (was durch die Medienberichterstattung zweifellos mitbeeinflusst wird), erhält man mit vorgegebenen, ausgewählten Dimensionen der lokalen Infrastruktur eine Bewertung unabhängig von der subjektiven Gewichtung. Die Rangreihen müssen dementspre-

⁷ Dass die hohe Zahl der Nennungen für das Thema Kriminalität in Kombination mit einer spezifischen parteipolitischen Konstellation bedeutsame politische Folgen haben kann, belegt das Beispiel Hamburg: Die Schill Partei, die die Kriminalität zum Hauptthema des Hamburger Bürgerschaftswahlkampfes im Jahr 2001 gemacht hatte, kam rund ein Jahr nach ihrer Gründung auf einen spektakulären Stimmenanteil von 19,4 Prozent und half mit, den Regierungswechsel in der Hansestadt einzuleiten (vgl. Reuband 2002a).

chend nicht identisch sein. So könnte z. B. eine Mehrheit der Bürger mit der Kriminalitätsbekämpfung unzufrieden sein – weil aber die Kriminalität für sie als nicht so wichtig gilt und andere Probleme als bedeutsamer, muss die Kriminalitätsproblematik auf die offene Frage hin nicht zu den wichtigsten Problemen gezählt werden.

Die Düsseldorfer zeichnen sich nach den ausgewählten, jeweils vorgegebenen Indikatoren (Tabelle 2) durch eine Mischung positiver und negativer Urteile aus (erfasst jeweils ungeachtet der eigenen Nutzungshäufigkeit). Mit dem Angebot an Restaurants und Lokalen sind 87 Prozent zufrieden („sehr zufrieden/zufrieden“), mit den Einkaufsmöglichkeiten 82 Prozent und mit der Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln 59 Prozent. Weniger als die Hälfte hingegen erlebt das Wohnungsangebot (37 Prozent) und den Schutz der Bürger vor Kriminalität als befriedigend (26 Prozent). Diese Rangordnung der Beurteilung findet sich in ähnlicher Form – wenn auch nicht mit den gleichen Prozentwerten – in den beiden anderen Städten. Auch dort nehmen Einkaufsmöglichkeiten und das Angebot an lokaler Gastronomie stets relativ hohe Plätze in der Rangskala der Zufriedenheit ein und der Schutz vor Kriminalität einen niedrigen. Die Kriminalität gilt nahezu überall als ein Problem, das der besseren Bewältigung bedarf.

	Düsseldorf	Hamburg	Dresden
Angebot an Restaurants und Lokalen	87	91	88
Einkaufsmöglichkeiten	85	89	76
Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln	59	*	52
Angebot an Arbeitsplätzen	39	28	7
Wohnungsangebot	37	34	77
Schutz der Bürger vor Kriminalität	26	14	29
Freundlichkeit des Personals in Geschäften	28	28	47

* nicht erfragt

Tabelle 2: Zufriedenheit mit lokaler Infrastruktur nach Ort (Anteil „sehr zufrieden/zufrieden“ in Prozent)

Frageformulierung: „Wie zufrieden sind Sie mit . . . “

Antwortkategorien: „sehr zufrieden, zufrieden, teils-teils, weniger zufrieden, überhaupt nicht zufrieden“ [hier: „sehr zufrieden/zufrieden“]

Erhebung: 2000-2001

So sehr auch die Rangreihen der Zufriedenheit zwischen den Städten partiell übereinstimmen, es lassen sich gleichwohl gewisse Akzentunterschiede feststellen. Diese sind teilweise durch Unterschiede in den objektiven Lebensbedingungen mitgeprägt. So wird das Angebot an Arbeitsplätzen in Dresden ungünstiger beurteilt als in Düsseldorf oder Hamburg – was man mit einigem Recht auf die unterschiedlichen Arbeitsmarktbedingungen zurückführen kann. Auch wenn Dresden zu den Städten in Ostdeutschland mit überdurchschnittlich guten wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen und überproportional niedriger Arbeitslosenquote zählt, so liegt die Arbeitslosenquote für die deutsche Bevölkerung doch höher als in den beiden anderen, westdeutschen Städten. Und die Gefahren

einer Verschlechterung der Situation sind – auch aufgrund der regionalen Wirtschaftsverflechtungen – real: Die Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern verläuft seit längerem ungünstiger als in Westdeutschland.

Liegen die Arbeitsmarktverhältnisse in Dresden noch ungünstiger als in Düsseldorf oder Hamburg, so bieten sich dort im Bereich des Wohnungsangebots inzwischen jedoch weitaus günstigere Perspektiven. Diese sind, historisch gesehen, eindrucksvoll: Vor der Wende gab es in Dresden – wie in den anderen Städten Ostdeutschlands – eine Wohnraum-mangelbewirtschaftung mit einer hohen Zahl an Wohnungssuchenden (Friedrichs 1995: 69). Jahrelang musste der Bürger warten, bis er durch eine offizielle Stelle eine Wohnung zugewiesen bekam. Nach der Wende änderte sich die Situation allmählich, mitbedingt durch die Renovierung der Altbauten, den Bau neuer Wohnungen und auch durch sinkende Einwohnerzahlen (u. a. verursacht durch den Umzug junger Familien in das Umland).

Dieser Wandel brachte für Wohnungssuchende erhebliche Verbesserungen mit sich. Musste man in Dresden noch in der ersten Hälfte der 1990er Jahre beim Umzug in eine neu renovierte Wohnung mit einem Quadratmeterpreis von 20 bis 25 DM rechnen, so sank dieser bis heute auf 10 bis 12 DM. Inzwischen gibt es einen Leerstand bei renovierten und neuen Wohnungen, und schon werben die Vermieter um Mieter, u. a. durch Übernahme der Umzugskosten oder auch durch Mietverzicht für die ersten ein bis zwei Monate. Inzwischen ist in Ostdeutschland die ziemlich einmalige, geradezu paradox wirkende Situation eingetreten, in welcher vom Staat Fördermittel zum Abriss von Wohnungen zur Verfügung gestellt werden, um den Wohnungsmarkt durch Verknappung des Wohnungsangebots zu entspannen.

Noch in einem weiteren Lebensbereich zeichnen sich die Dresdner gegenüber den Düsseldorfern und Hamburgern durch eine positivere Einschätzung aus: die Beurteilung der Freundlichkeit des Verkaufspersonals. In diesem Fall ist es allerdings fraglich, ob Unterschiede in den objektiven Lebensbedingungen die Unterschiede zwischen den Städten erklären. So bleibt zu fragen, ob die positive Wertschätzung in Ostdeutschland nicht auch durch die früheren Erfahrungen in der DDR geprägt ist, für die mangelnde Serviceleistungen kennzeichnend waren. Die Ostdeutschen könnten aufgrund dessen heutzutage schlichtweg niedrigere Maßstäbe ansetzen und sich daher schneller zufrieden geben, als dies Westdeutsche tun würden. Und dies scheint tatsächlich in gewissem Maße der Fall zu sein, wie ein indirekter Vergleich nahelegt. So bekunden 48 Prozent der Dresdner, die schon vor der Wende dort gelebt haben, Zufriedenheit mit dem Verkaufspersonal; unter den neu zugezogenen Westdeutschen sind dies nur 30 Prozent. Damit nähern sich deren Werte denen der Düsseldorfer Befragten an. Dieser Befund bleibt auch dann bestehen, wenn man mit Hilfe multivariater Analyseverfahren die Tatsache berücksichtigt, dass die nach Dresden gezogenen Westdeutschen keinen typischen Querschnitt der Westdeutschen darstellen (besser Gebildete und Jüngere sind überrepräsentiert).

Veränderungen in der Bewertung lokaler Infrastruktur

Zufriedenheitsniveaus müssen nicht stabil bleiben. Sie müssen es nicht, weil sich sowohl die objektiven Rahmenbedingungen als auch die Maßstäbe der Beurteilung ändern können. Daher sind regelmäßige Umfragen in der Bevölkerung eine wichtige Voraussetzung für die Ermittlung der subjektiven Lebensqualität der Bürger einer Stadt. Wie man Tabelle 3 entnehmen kann, zeigt sich seit Beginn unserer Umfrageserie in Düsseldorf eine

weitgehende Stabilität. Dies gilt für das Angebot an Lokalen ebenso wie für die Einkaufsmöglichkeiten, die Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln und die Freundlichkeit des Verkaufspersonals. Den zwischen 1997 und 1998 zu beobachtenden leichten Rückgang in der Zufriedenheit kann man vernachlässigen.⁸ In zwei Fällen – Angebot an Arbeitsplätzen und Wohnungsangebot – ist die Zufriedenheit sogar gestiegen. Und in einem Fall – Schutz der Bürger vor Kriminalität – finden sich schwankende Werte der Zufriedenheit über die Zeit. Ein Trend ist nicht erkennbar.

	1997	1998	2000
Angebot an Restaurants und Lokalen	91	88	87
Einkaufsmöglichkeiten	92	85	85
Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln	63	59	59
Angebot an Arbeitsplätzen	29	29	39
Wohnungsangebot	26	30	37
Schutz der Bürger vor Kriminalität	26	19	26
Freundlichkeit des Personals in Geschäften	29	26	28

Tabelle 3: Zufriedenheit mit lokaler Infrastruktur in Düsseldorf im Zeitverlauf (Anteil „sehr zufrieden/zufrieden“ in Prozent)

Frageformulierung und Antwortkategorien wie Tabelle 2

Zieht man jedoch Daten zur Kriminalitätsfurcht heran, so zeichnet sich ein rückläufiger Trend in der subjektiven Bedrohung ab. In gewissem Maße scheint sich darin die rückläufige Zahl krimineller Straftaten niederzuschlagen, sowohl gemessen an der Polizeilichen Kriminalstatistik als auch an Daten aus Viktimisierungsumfragen. Gleichwohl reicht die Entwicklung der objektiven Bedrohung zur Erklärung der subjektiven Bedrohung nicht aus, wie weitere Daten belegen (Reuband 2001a). Gewöhnungseffekte kommen vermutlich hinzu: Menschen arrangieren sich mit Gefahren und bewältigen in gewissem Umfang ihre Furcht. Dass sich ähnliche Verhältnisse wie in Hamburg einstellen, wo die Kriminalitätsthematik zum Hauptthema eines Bürgerschaftswahlkampfes wurde, halten wir für unwahrscheinlich – auch wenn das Zufriedenheitsniveau der Bürger in dieser Frage niedrig liegt.

Schlussbemerkungen

Jeder Vergleich von Städten, der sich nur auf objektive Indikatoren stützt, geht an der Realität des Erlebens der Bürger vorbei. Denn die Zufriedenheit der Bürger wird nicht allein durch objektive Gegebenheiten, sondern auch durch Erwartungen und Bedürfnisse geprägt. Steigende Ansprüche und Erwartungen ebenso wie Fehlwahrnehmungen können sinkende Zufriedenheit begünstigen. Und sinkende Erwartungen können zu steigender

⁸ Die 1997er Erhebung haben wir von der TU Dresden aus durchgeführt, die 1998er Erhebung von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf aus. Es ist nicht ganz auszuschließen, dass die im Jahr 1997 feststellbare etwas größere Zufriedenheit zum Teil Folge der andersgearteten Organisation der Erhebung ist – sich die Düsseldorfer im Kontakt mit Ostdeutschen etwas positiver darstellen, als wenn sie von Düsseldorf aus befragt werden.

Zufriedenheit bei konstanten Rahmenbedingungen führen. Dies ist der Grund, warum sich manche staatliche Maßnahmen sogar kontraproduktiv auswirken können – z. B. solche, die eine Sensibilisierung der Bürger für bestimmte Probleme bewirken sollen.

Die partielle Abkoppelung des Erlebens von objektiven Bedingungen lässt es ratsam erscheinen, sich 1. nicht allein auf objektive, sondern auch auf subjektive soziale Indikatoren zu stützen und 2. die subjektiven Lebensbedingungen durch wiederholte Messungen zu ermitteln. Bevölkerungsumfragen eignen sich dafür am besten. Je nach Thema sollten die Bevölkerungsumfragen durch Spezialstudien ergänzt werden. Diese können entweder an den regelmäßigen Erhebungen ansetzen und diese vertiefen (z. B. zum Problem der Arbeitslosigkeit oder zur Nutzung städtischer Einrichtungen), oder sie können von vornherein von Spezialpopulationen ihren Ausgangspunkt nehmen.

Bibliographie

- AMT FÜR STATISTIK, WAHLEN UND EINWOHNERWESEN. *Kommunalwahlen 1997 in Frankfurt am Main*. Frankfurt am Main 1997.
- DILLMAN, Don. *Mail and Internet Surveys*. New York 2000.
- FRIEDRICHS, Jürgen. *Stadtsoziologie*. Opladen 1995.
- JACOBS, Jane. *Tod und Leben großer amerikanischer Großstädte*. Gütersloh 1971.
- OBBERGELL-FUCHS, Joachim. *Ansätze und Strategien kommunaler Kriminalprävention: Begleitforschung im Pilotprojekt kommunaler Kriminalprävention in Baden Württemberg anhand der Stadt Freiburg im Breisgau*. Freiburg 2001.
- REUBAND, Karl-Heinz und Jörg BLASIUS. „Face-to-face, telefonische und postalische Befragungen: Ausschöpfungsquoten und Antwortmuster in einer Großstadt-Studie“, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (1996), 296-318.
- REUBAND, Karl-Heinz. „Lebensqualität in sächsischen Großstädten. Ein Vergleich Dresden-Chemnitz-Leipzig“, *Stadtforschung und Statistik* 2 (1998), 30-41.
- REUBAND, Karl-Heinz. „Kriminalität, Kriminalitätsfurcht und die Rolle der Medien. Eine Analyse von Veränderungen in der objektiven und subjektiven Bedrohung am Beispiel der Städte Dresden und Düsseldorf, 1995-2000“, in: U. CASSANI, R. MAAG und M.A. NIGGLI (Hrsg.). *Medien, Kriminalität und Justiz*. Chur u. a. 2001a, 161-183.
- REUBAND, Karl-Heinz. „Möglichkeiten und Probleme des Einsatzes postalischer Befragungen“, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 53 (2001b), 338-364.
- REUBAND, Karl-Heinz. „Law and Order als neues Thema bundesdeutscher Politik? Wie es zum Wahlerfolg der Schill Partei in Hamburg kam und welche Auswirkungen dies hat“, *Neue Kriminalpolitik* (2002a), 8-13.
- REUBAND, Karl-Heinz. „Opernbesuch als Teilhabe an der Hochkultur. Vergleichende Bevölkerungsumfragen in Hamburg, Düsseldorf und Dresden zum Sozialprofil der Besucher und Nichtbesucher“, in: W. HEINRICHS und A. KLEIN (Hrsg.). *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement*, Baden-Baden 2002b.
- TOURANGEAU, Roger, Lance J. RIPS und Kenneth RASINSKI. *The Psychology of Survey Response*. Cambridge 2000.
- THOMAS, William I. *Person und Sozialverhalten*. Neuwied 1965.